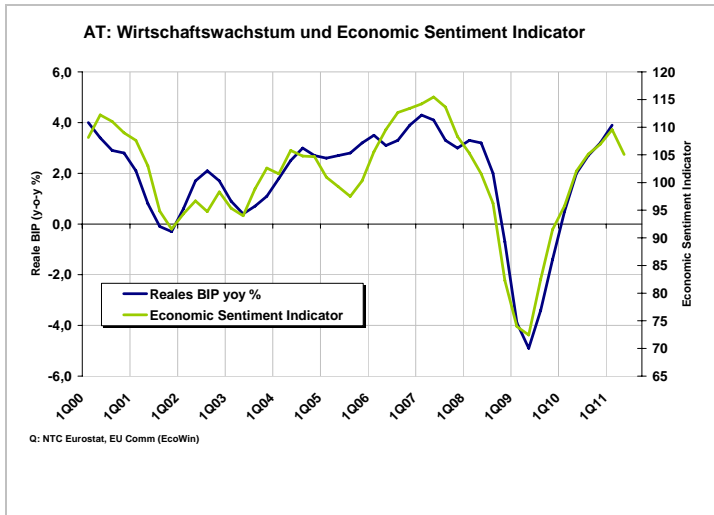


Konjunkturmonitor Österreich

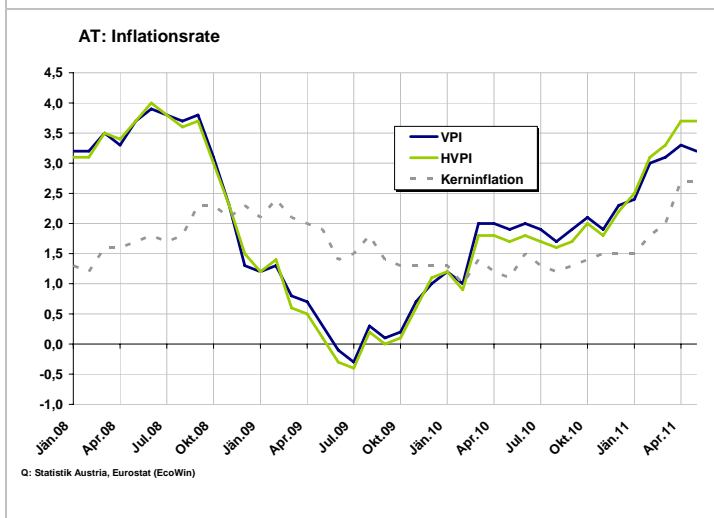
3. Quartal 2011



Frühindikatoren

Rückläufiger Economic Sentiment Indicator (ESI) deutet auf schwächeres Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal hin: Wir rechnen mit einem Plus von 0,6 % q-o-q (nach +0,9 % in 1Q11) – würde etwa +3 ½ % im Vorjahresvergleich entsprechen

Verbrauchervertrauen sowie Geschäftsklima in der Industrie, im Dienstleistungssektor und im Einzelhandel hat sich in den letzten Monaten eingetrübt, hingegen endlich allmähliche Erholung im Bausektor

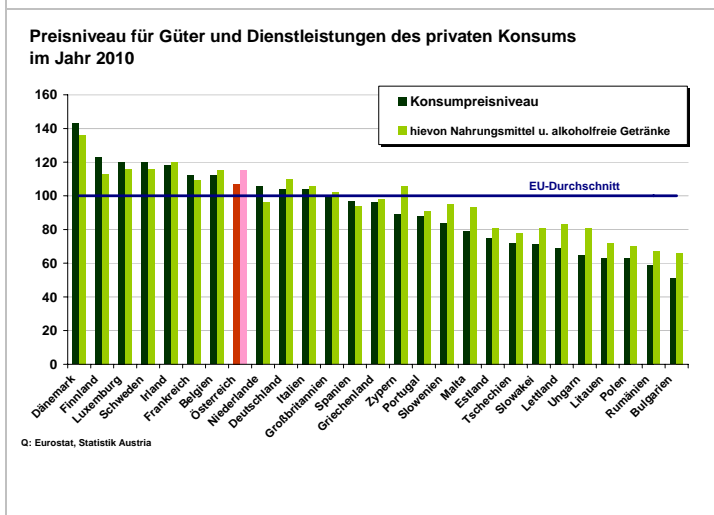


Verbraucherpreise

Inflation in lichten Höhen: Teuerungsrate laut heimischem VPI im Mai bei 3,2 %, Höhepunkt des Preisauftriebs dürfte allerdings hinter uns liegen – im Wesentlichen abhängig von der weiteren Ölpreisentwicklung

Ausgaben für Tanken, Wohnen (Energie, aber auch Mieten) und Nahrungsmittel für fast die Hälfte der Inflation verantwortlich

Differenz zum HVPI-Anstieg (3,7 %) durch höhere Gewichtung von Treibstoffen, Flugtickets u.a. erklärbar



Österreich im EU-Vergleich teuer

Preisniveau für vergleichbare Konsumgüter und Dienstleistungen innerhalb der EU lag 2010 bis zum 3-fachen auseinander: Dänemark teuerstes Land (143 % des EU-Durchschnitts), gefolgt von Finnland (123 %); Österreich mit 107 % im oberen Drittel – teurer als Holland oder Deutschland; Preisniveau (aber auch Löhne!) in Bulgarien (51 %) und Rumänien (62 %) am niedrigsten

Österreich vor allem bei Lebensmitteln relativ teuer

Die aktuelle Lage

Die österreichische Wirtschaft konnte im ersten Quartal des heurigen Jahres an die starke konjunkturelle Dynamik der zweiten Jahreshälfte 2010 anschließen: Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm erneut um rund 1 % gegenüber der Vorperiode zu. Im Vorjahresvergleich konnte gar eine Beschleunigung auf 3,9 % erzielt werden, nach +3,2 % im Schlussquartal 2010 (beide Werte arbeitstäglich bereinigt). Wesentliche Impulse kamen von der Auslandsnachfrage – die exportorientierte Industrie profitiert insbesondere von der boomenden Wirtschaft Deutschlands. Insgesamt nahmen die Exporte gegenüber dem Vorquartal um 2,6 % zu (Importe: +1,7 % q-o-q). Der Anstieg der Binnennachfrage war mit 0,6 % q-o-q weniger ausgeprägt. Während die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen merklich anstiegen (+2,6 % q-o-q), waren die Bauinvestitionen weiterhin rückläufig (-0,3 % q-o-q). Der öffentliche Konsum stagnierte. Bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte setzte sich der kontinuierliche, wenn auch sehr langsame Aufwärtstrend fort: Die Zunahme blieb mit 0,2 % q-o-q zum wiederholten Male äußerst verhalten.

Nach dem gelungenen Auftakt kündigten die meisten Frühindikatoren für das zweite Vierteljahr eine leichte Abkühlung der heimischen Konjunktur an. Der Economic Sentiment Indicator der EU-Kommission gab bereits seit Jahresbeginn kontinuierlich nach und verzeichnete im Juni mit 103,3 Punkten den niedrigsten Wert der letzten zwölf Monate. Zu dieser Verschlechterung trugen alle Teilindices bei, ausgenommen jener für die Bauwirtschaft. Das Geschäftsklima am Bau hellt sich allmählich auf, allerdings geht die Erholung nahezu ausschließlich vom Hochbau und zudem von einem sehr niedrigen Niveau aus. Im Einzelhandel hat sich das Geschäftsklima im zweiten Quartal deutlich eingetrübt, wofür vor allem die Beurteilung der aktuellen Lage verantwortlich zeichnete. Tatsächlich sind die realen Einzelhandelsumsätze (exkl. Kfz) im Mai um 2,3 % gegenüber dem Vormonat eingebrochen (Vorjahresvergleich: -3,7 %). Die Industriekonjunktur dürfte ihren Höhepunkt ebenfalls überschritten haben. Der Einkaufsmanagerindex ist im Juni zum vierten Mal in Folge gefallen, liegt mit 53 Punkten aber noch oberhalb der Expansionsschwelle. Die Auftragslage wurde zuletzt deutlich pessimistischer beurteilt; die Produktionserwartungen werden seit dem Jahreswechsel ständig nach unten korrigiert. Zu Beginn des zweiten Quartals (aktuellere Daten liegen bislang nicht vor) lief die Produktion im verarbeitenden Gewerbe aber noch auf vollen Touren (April: +11,5 % y-o-y).

Am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung im bisherigen Jahresverlauf fort. Die Zahl der (Aktiv-)Beschäftigten nimmt kräftig zu und übertraf im Juni den Vorjahreswert um 2 %. Darüber hinaus ist Österreich eines der wenigen Länder in der EU, dessen Beschäftigungsniveau bereits wieder höher ist als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Allerdings wächst gleichzeitig auch die Erwerbsbevölkerung, sodass trotz des Beschäftigungsanstiegs die Arbeitslosenquote in saisonaler Betrachtung seit Jahresbeginn nahezu unverändert ist (6,7 % nach österreichischer Berechnungsmethode, 4,3 % gemäß Eurostat).

Für die heimischen Tourismusbetriebe gab der Start in die Sommersaison keinen Anlass zur Freude: Im Mai wurden um fast 8 % weniger Gäste registriert als im entsprechenden Vorjahresmonat, die Zahl der Nächtigungen ist gar um 11,6 % gesunken. Zwar hängt dieser Rückgang primär mit der Verschiebung von Feiertagen zusammen, aber auch für den gesamten bisherigen Jahresverlauf sind die Zahlen nicht umwerfend: Die Ankünfte stagnierten mehr oder wenig, während die Übernachtungen um 2 % sanken. Besonders ausgeprägt war der Rückgang bei deutschen Urlaubern (-8,2 %), dem wichtigsten Herkunftsland für den österreichischen Fremdenverkehr.

Die aktuelle Prognose von WIFO und IHS (Juni 2011)

Das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und das Institut für Höhere Studien (IHS) präsentierten vor kurzem ihre Sommer-Prognosen. Wie von uns erwartet, wurde die Prognose für das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2011 ein weiteres Mal merklich angehoben: um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt (WIFO) bzw. um 0,7 Prozentpunkte (IHS) auf jeweils 3,0 %. Dabei wurde von beiden Instituten sowohl die Inlands- als auch die Exportnachfrage positiver beurteilt als noch im März. Unter der Annahme einer Abschwächung der Weltwirtschaft infolge einer restriktiveren Geldpolitik in den Schwellenländern, der anziehenden Rohstoffpreise und der anhaltenden Belastung der privaten Haushalte in den USA rechnen beide Institute für 2012 auch in Österreich mit einer geringeren konjunkturellen Dynamik: +1,8 % (WIFO, nach +2,0 % im März) bzw. +2,1 % (IHS, gegenüber März unverändert). Übrigens: Auch die Oesterreichische Nationalbank veröffentlichte im Juni eine Konjunkturprognose für Österreich, die noch eine Spur optimistischer ausfiel: +3,2 % im heurigen und +2,3 % im kommenden Jahr.

Die Auslandsnachfrage war bis zuletzt der wichtigste Wachstumsmotor für die österreichische Wirtschaft. Die Warenexporte legten in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres gegenüber dem Vorjahr nominell um mehr als 20 % zu, wobei vor allem die Ausfuhren nach Nordamerika und in die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer eine starke Dynamik entfalteten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die Nachfrage aus Asien und Nordamerika zwar abschwächen, aber dank der guten Wirtschaftslage in den Kernländern des Euroraums insgesamt weiterhin robust bleiben. Freilich bewirkt die gute Konjunktur in Österreich auch einen deutlichen Anstieg der Einfuhren. Dennoch rechnete das IHS im Prognosezeitraum mit einer Umkehr des derzeit negativen Handelsbilanzsaldos ins Plus.

Der heimische Tourismus entwickelte sich in den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres unter den Erwartungen (siehe „Die aktuelle Lage“). Im Mai wurde der Vorjahresvergleich allerdings durch die Verschiebung der Feiertage verzerrt. Zudem deutet die Buchungslage auf Umsatzzuwächse in der Sommersaison hin. Insgesamt sollten die Einnahmen aus dem Reiseverkehr heuer doch wieder rascher expandieren als im Vorjahr.

Die realen Güter- und Dienstleistungsexporte (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) dürften heuer um rund 8,8 % und 2012 um $6\frac{1}{2}$ % zunehmen; das Importwachstum bleibt mit 7,2 % bzw. 6 % zurück. Der Leistungsbilanzüberschuss wird sich voraussichtlich auf 3,2 % im heurigen und 3,5 % des BIP im kommenden Jahr verbessern.¹

Die stark exportorientierte heimische Sachgütererzeugung profitierte erheblich vom internationalen Konjunkturaufschwung. Dementsprechend stieg auch die Kapazitätsauslastung nach dem krisenbedingten Einbruch rasch wieder an. Die zunehmende Investitionsbereitschaft der Unternehmen bewirkte in den letzten Quartalen eine kräftige Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und Geräten. Bereits im zweiten Halbjahr dürfte die heimische Industrie das Vorkrisenniveau der Ausrüstungsinvestitionen wieder erreichen. Dank der nach wie vor guten Auftragslage und der insgesamt sehr positiven Ertragsituation wird die Sachkapitalbildung der Unternehmen heuer voraussichtlich um 8 % steigen. Für 2012 rechnen die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute vor dem Hintergrund der abflauenden Konjunktur mit einer Halbierung der Wachstumsrate.

Die Bauinvestitionen waren 2009 und 2010 rückläufig; in den ersten Monaten des heurigen Jahres schrumpfte die Tätigkeit im Tiefbau und Wohnbau weiter; lediglich der sonstige

¹ Diese und alle folgenden Werte entstammen der WIFO-Prognose, falls nicht anders angegeben.

Hochbau zeigt erste Erholungstendenzen. Im Tiefbau fehlen Impulse infolge der Kürzung des Investitionsrahmenplanes des Bundes und der Verschiebung von Projekten. Für die weitere Entwicklung im Wohnbau und sonstigen Hochbau zeigt sich das WIFO jedoch zuversichtlich: Die erwartete Zunahme der Wohnbaubewilligungen, die Förderinitiative für die thermische Sanierung sowie der Anstieg der Auftragseingänge im Hochbau dürfte zumindest 2012 zu einer Expansion der realen Wertschöpfung in der Bauwirtschaft um 1 % führen.

Die Ausgaben der Verbraucher waren während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Gegensatz zu den anderen Nachfragekomponenten nicht rückläufig, wodurch der Konjunkturreinbruch abgefedert wurde. Andererseits nahm der private Konsum auch in der nachfolgenden Erholungsphase nur sehr mäßig zu und trug damit kaum zum Wirtschaftsaufschwung bei. Auch für die folgenden Quartale rechnen WIFO und IHS nicht mit einer Beschleunigung. Die gedämpfte Nachfrage der privaten Haushalte ist Ausdruck der schwachen Entwicklung der verfügbaren Einkommen: Niedrige Lohnabschlüsse im Herbst des Vorjahres und der rasche Verbraucherpreisanstieg seit Jahresbeginn resultieren in sinkenden Reallöhnen. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden heuer um weniger als 1 % steigen; erst im kommenden Jahr ist eine leichte Beschleunigung (WIFO: +1,2 %; IHS: +1,5 %) denkbar. Da die Sparquote bereits auf einem relativ niedrigen Niveau von rund 9 % ist, nährt sich die private Konsumnachfrage ausschließlich aus den verfügbaren Einkommen: Die Zunahme bleibt mit 0,9 % (2011) bzw. 1,1 % (2012) bescheiden.

Der Verbraucherpreisanstieg beschleunigte sich seit Winter 2010 unerwartet rasch; seit Februar liegt die österreichische Inflationsrate über 3 % und entfernt sich auch zunehmend vom Durchschnittswert des Euroraums. Die erhöhte Teuerung war zunächst vor allem auf den kräftigen Anstieg des Ölpreises zurückzuführen, der trotz des im Vergleich zum US-Dollar starken Euro deutlich auf die Verbraucherpreisebene durchschlug. Die Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel, Agrar- und Industrierohstoffe zogen in den letzten Monaten aber ebenfalls merklich an. Etwa 40 % des gegenwärtigen Preisanstiegs sind auf die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln zurückzuführen. Die Anhebung der Mineralöl- und Tabaksteuer sowie der Normverbrauchs- und Flugticketabgabe erhöhte die Inflationsrate nach Schätzungen des WIFO um weitere 0,4 Prozentpunkte. Im Vergleich zum Euroraum-Durchschnitt ist der Preisanstieg in Österreich vor allem im Dienstleistungsbereich besonders ausgeprägt (insb. Reisen und Beherbergungsdienstleistungen). Der Verlauf der HWWA-Rohstoffpreisindices deutet darauf hin, dass der Höhepunkt des Preisanstiegs im Mai überschritten wurde. Der Ölpreis hat in den letzten Tagen zwar wieder etwas angezogen, liegt aber weiterhin merklich unter dem Jahreshöchststand. Von den Rohstoffpreisen dürften deshalb im weiteren Jahresverlauf keine nennenswerten Teuerungsimpulse mehr ausgehen. Aufgrund des starken Preisauftriebs in der ersten Jahreshälfte wird die Inflationsrate heuer mit durchschnittlich 3 % bis 3,2 % so hoch ausfallen wie zuletzt 2008. Für das kommende Jahr gehen beide Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass die Energie- und Rohstoffpreise allenfalls einen geringen Einfluss auf den Verbraucherpreisanstieg haben werden. Dennoch werden die Folgewirkungen der heurigen Inflationsdynamik nachwirken; das WIFO rechnet insbesondere mit höheren Lohnsteigerungen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Teuerung mit 2,3 % (IHS) bzw. 2,6 % (WIFO) weiterhin zu hoch bleiben.

Im Zuge der konjunkturellen Erholung hat die Beschäftigung in Österreich kräftig zugenommen und lag im Juni um 2 % über dem Vorjahresniveau. Neue Jobs wurden sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor geschaffen. Mit 3,3 Millionen unselbständig aktiven Erwerbstätigen (saisonbereinigt) ist das Beschäftigungsniveau zur Jahresmitte 2011 höher gewesen als vor der Krise. Allerdings reicht der Beschäftigungsaufbau nun nicht mehr aus, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die

saisonbereinigte Arbeitslosenquote nach österreichischer Messmethode stagniert seit Jahresbeginn bei 6,7 %. Hierin spiegelt sich vor allem die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots wider, wofür die Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten nur einer von mehreren Gründen ist. Das WIFO nennt darüber hinaus die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik, die Verlagerung der Bevölkerungsstruktur hin zu Altersgruppen mit hoher Erwerbsbeteiligung, eine steigende Erwerbsneigung höherer Altersgruppen und die Einführung der Mindestsicherung als wesentliche Faktoren. Der Beschäftigungsanstieg wird sich im Prognosezeitraum vor dem Hintergrund der abnehmenden konjunkturellen Dynamik abschwächen: von 1,6 % bis 1,7 % im Durchschnitt des heurigen Jahres auf 0,9 % im kommenden Jahr. Die Arbeitslosigkeit dürfte kaum noch zurückgehen: die Institute rechnen mit einer Erwerbslosenquote von rund 6 ½ %.

Die budgetäre Situation der öffentlichen Haushalte wird sich bis zum Prognosehorizont deutlich entspannen. Nachdem das staatliche Defizit laut Maastricht-Abgrenzung im Vorjahr noch 4,6 % des BIP betragen hatte, wird der Fehlbetrag heuer dank der Mehreinnahmen aus gewinnabhängigen Steuern sowie aus der Lohn- und Umsatzsteuer voraussichtlich rascher sinken als erwartet. Zudem beginnen die einnahmen- und ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen zu greifen. Mit einem Defizit von 3,1 % des BIP wird das Maastricht-Ziel heuer nur knapp verfehlt werden. Für 2012 wird eine weitere Rückführung des Defizits auf 2,9 % (WIFO) bzw. 2,5 % des BIP (IHS) prognostiziert.

Die Veröffentlichung der Herbstprognosen der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute ist für 30. September 2011 vorgesehen.

Abstract: Economic Outlook for 2011 and 2012

With their recently released forecasts WIFO and IHS have lifted their outlook on the Austrian economy: Real GDP growth is now expected to be 3.0 % in 2011, up by 0.5 to 0.7 percentage points compared to the March forecast. In particular, foreign demand will contribute more to overall growth than previously expected. In 2012, however, GDP growth is likely to decelerate to 1.8 % (WIFO) – 2.1 % (IHS), due to the global economy losing momentum in the wake of a more restrictive monetary policy in the Emerging economies, elevated commodity prices and the still high debt burden of private households in the United States.

So far, net exports have been the main driver of growth in Austria. In the first quarter of this year, goods exports rose by more than 20 % year-on-year in nominal terms. Demand was especially strong from North America and the Eastern European EU members. In the course of the second half, demand from Asia and North America should weaken somewhat but remain strong as a whole, thanks to the strong upswing in the Eurozone core countries. The current account surplus is likely to improve to 3.2 % of GDP in 2011 and to 3.5 % of GDP in 2012.

The highly export-led manufacturing business has benefited significantly from the global recovery. As a consequence, enterprises' willingness to spend has ever-increased in the recent quarters. Demand for vehicles, machinery and other business equipment will rise by 8 % on average this year, thus getting at the pre-crisis level of capital stock no later than end-2011. In the coming year, the growth rate of capital formation will halve.

The activity in construction declined in 2009 and 2010 and continued its downward trend within this year, at least in residential and civil engineering, while other building construction started to recover. After stagnating this year, construction output is likely to increase by a mere 1 % in 2012.

Private consumption has increased very modestly during the period of recovery and contributed to the upswing only marginally. WIFO and IHS don't expect consumer expenditures to accelerate in the forecast horizon, as real disposable income growth is weak, due to the increasing inflation rate and low wage agreements past autumn. Moreover, the household savings rate has fallen to a very low level of about 9 %. The economic research institutes forecast private consumption to climb by 0.9 % and 1.1 % in this and in the following year, respectively.

The consumer price increase has accelerated in the past couple of months. Since February, the inflation rate has not only been above 3 % but also moved away from the Eurozone average rate. About 40 % of the rise in consumer prices is due to elevated energy and food prices, but the raise of indirect taxes and higher prices for services (like travelling expenses and cost for accommodation) have also played a role. Recent developments of commodity price indices suggest that the peak of price increases was passed in May. Therefore, energy and other commodity prices are expected to contribute to further consumer price increases only to a minor degree. However, due to certain second-round effects, in particular higher wage agreements this autumn, inflation is likely to remain elevated in 2012 at around 2.3 % to 2.6 %.

Amid the economic recovery employment has risen considerably in Austria and exceeded the previous year's level by 2 % in June. With 3.3 million wage earners the number of employed population is bigger than it was before the crisis. Nevertheless, job creation does not help to lower the level of unemployment anymore. The seasonally adjusted unemployment rate (according to Austrian calculation methods) has stagnated at 6.7 % since the beginning of the year. This is mainly due to a rising labour supply (domestic as well as abroad). The rise in employment will lose momentum while the unemployment rate is not expected to decline any further during the forecast period.

Public finances will improve considerably. Owing to the robust economic rebound tax receipts are increasing faster than expected, reducing the public deficit to 3.1 % of GDP, following 4.6 % of GDP in 2010. In the coming year, net lending is expected to further reduce to 2.9 % (WIFO) and 2.5 % of GDP (IHS), respectively.

Die aktuelle Prognose in Zahlen	2010	2011	2011	2012	2012
		WIFO	IHS	WIFO	IHS
Bruttoinlandsprodukt (GDP) ¹	+2,1	+3,0	+3,0	+1,8	+2,1
Privater Konsum (Private consumption) ¹	+1,1	+0,9	+0,9	+1,1	+1,1
Öffentlicher Konsum (Public consumption) ¹	-0,5	+1,0	+0,5	+1,0	+0,6
Bruttoinvestitionen (inkl. Lager) (Gross investment) ¹	+3,4	+5,5	+5,7	+2,0	+2,1
Bruttoanlageinvestitionen (Gross fixed investment) ¹	-1,0	+3,8	+3,5	+2,2	+2,3
Ausrüstungen (Non-residential) ¹	+2,1	+8,0	+7,0	+3,5	+4,0
Bauten (Residential) ¹	-3,0	+0,0	+0,0	+1,0	+0,5
Inlandsnachfrage (Domestic demand) ¹	+1,2	+2,0	+1,9	+1,3	+1,3
Exporte i.w.S. (Total exports) ¹	+10,6	+8,8	+8,5	+6,5	+5,9
Warenausfuhren (lt. VGR) (Goods exports)	+12,6	+10,0	+10,3	+7,6	+6,8
Importe i.w.S. (Total imports) ¹	+9,4	+7,2	+7,1	+6,0	+4,8
Wareneinfuhren (lt. VGR) (Goods imports)	+10,7	+8,5	+8,0	+6,9	+5,1
Sachgütererzeugung (Manufacturing) ¹	+6,9	+8,5	.	+4,5	.
Handel (Trade) ¹	+2,9	+1,2	.	+1,1	.
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (Disposable personal income of households) ¹	-0,9	+0,7	+0,8	+1,2	+1,5
Sparquote der privaten Haushalte (Savings rate)	9,1	9,0	.	9,1	.
Arbeitslosenquote (laut AMS) (Unemployment rate, national definition) ²	6,9	6,6	6,6	6,6	6,5
Unselbständig Aktivbeschäftigte (Payroll employment) ³	+0,8	+1,6	+1,7	+0,9	+0,9
Inflationsrate (VPI) (Headline inflation)	1,9	3,2	3,0	2,6	2,3
Kerninflationsrate (Core inflation) ⁴	1,2	2,5	.	2,5	.
Leistungsbilanzsaldo (Current account balance) ⁵	+2,7	+3,2	.	+3,5	.
Finanzierungssaldo des Staates (inkl. ausgegliederte Unternehmen des Bundes) (General government balance) ⁵	-4,6	-3,1	-3,1	-2,9	-2,5

- 1 Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Year-on-year volume percentage change)
- 2 In Prozent der unselbständig Erwerbstätigen (As a percentage of payroll employed persons)
- 3 Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer (Persons in active dependent employment)
- 4 Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Excluding energy and unprocessed food)
- 5 In Prozent des Bruttoinlandsproduktes (As a percentage of GDP)

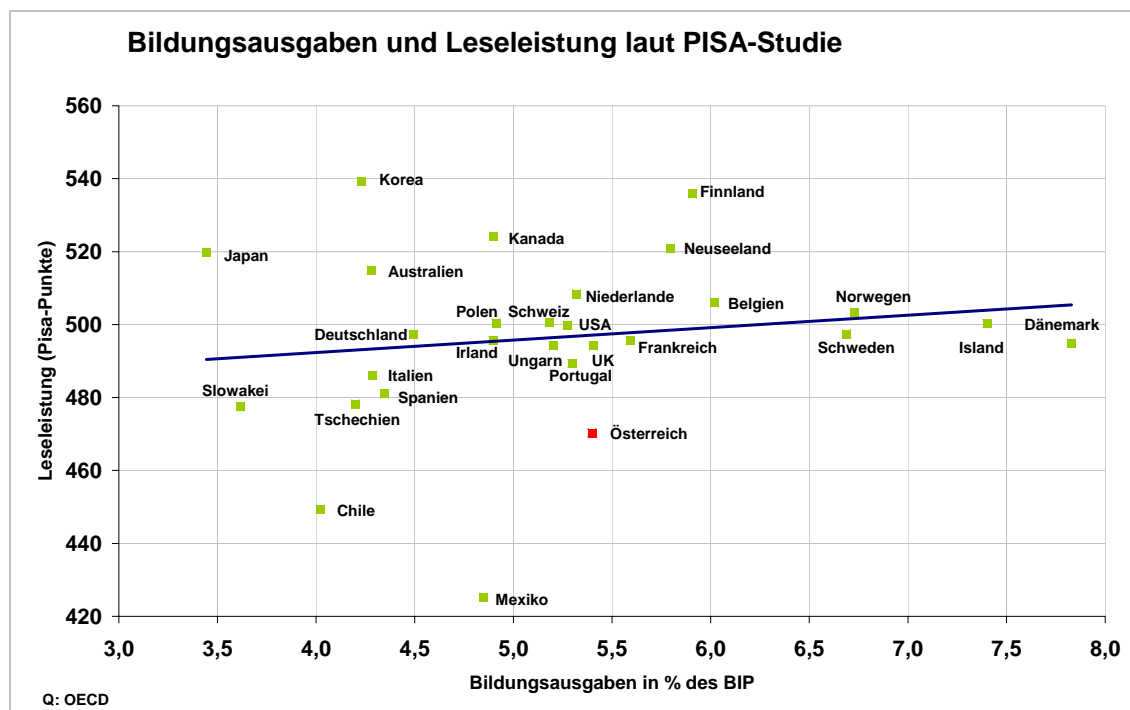
Prognose: WIFO, IHS

Das aktuelle Thema: Wieviel investiert Österreich in Bildung?

Die PISA-Studie² hat den heimischen 15-Jährigen ein äußerst schlechtes Zeugnis ausgestellt. Im Ranking mit den anderen OECD-Ländern erreichte Österreich hinsichtlich der Leseleistung den 30. Platz von 34. Nur die Jugendlichen in der Türkei, Chile und Mexiko wiesen eine schwächere Lesekompetenz auf. Zwar schnitt Österreich in Mathematik und Naturwissenschaften deutlich besser ab, dennoch stimmt das Gesamtergebnis bedenklich.

Österreichs Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Die PISA-Studie zeigt das Endergebnis des Bildungsprozesses: die Fähigkeiten, die man erworben hat. Betrachtet man jedoch den Anfang des Bildungsprozesses, die „Inputfaktoren“, so stößt man neben dem familiären, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld vor allem auf eine Variable: die Ausgaben des Staates für das Bildungswesen. Die aktuellen international vergleichbaren Daten³ weisen einen Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten staatlichen Ausgaben von 13 % für die OECD-Länder aus. Österreich wendet nur 11 % der Gesamtausgaben für den Bildungsbereich auf. Allerdings ist die Beteiligung des Staates am Wirtschaftsgeschehen in Österreich insgesamt relativ hoch: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt machen die Staatsausgaben rund 50 % aus⁴. Misst man die Bildungsinvestitionen in Relation zur Wirtschaftsleistung, so ergibt sich für Österreich ein Wert, der über dem OECD-Durchschnitt liegt, nämlich 5,4 %. Die nordischen Länder geben einen relativ höheren Anteil für Bildung aus, weshalb das erfolgreiche Abschneiden bei der PISA-Studie in diesen Ländern auch keine große Überraschung darstellt. Eine derartige Korrelation ist für Japan allerdings nicht gegeben: Obwohl im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern am wenigsten investiert wird, erreichten die japanischen Jugendlichen Platz Fünf im Lesewettbewerb.



² Im Dezember 2010 wurden die Ergebnisse der PISA Studie 2009 veröffentlicht.

³ Education at a Glance, OECD 2010. Zahlen größtenteils für das Jahr 2007.

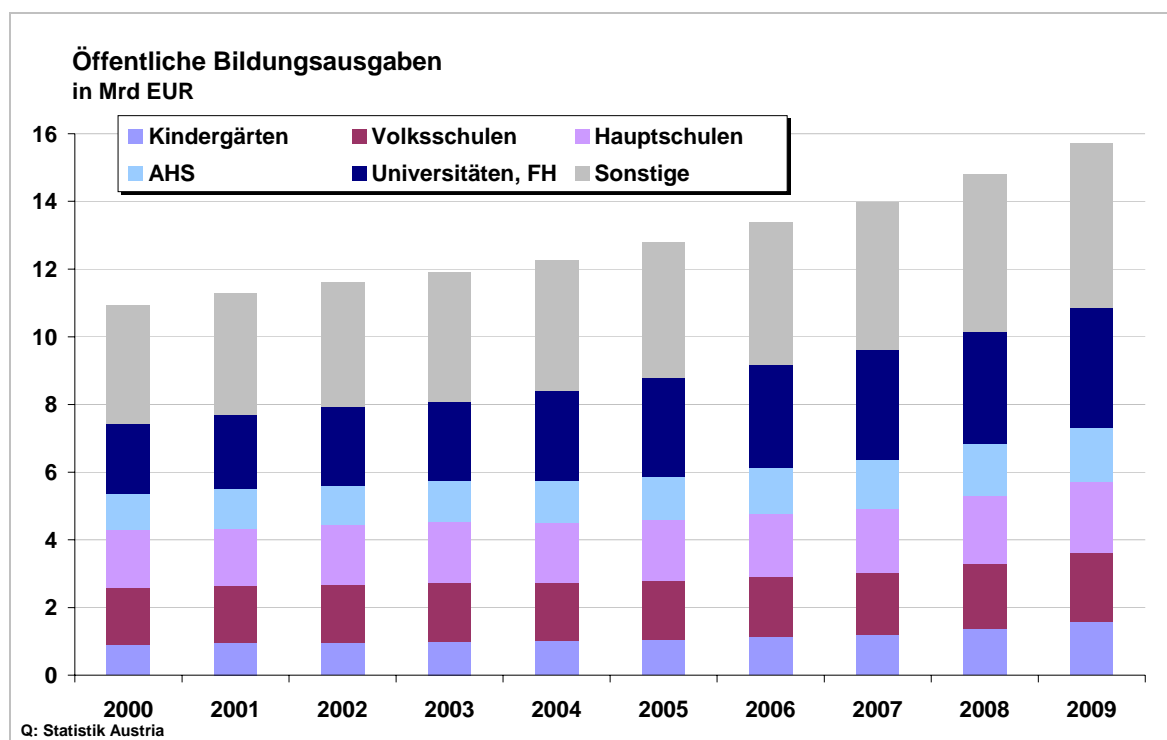
⁴ Eine Staatsquote von über 50 % weisen sonst nur noch Frankreich, Dänemark und Schweden auf.

Österreichs Bildungsausgaben in absoluten Zahlen

Im Jahr 2009 beliefen sich die öffentlichen Ausgaben Österreichs für Bildung auf 15,7 Mrd EUR, 6,1 % mehr als im Vorjahr – der stärkste Anstieg in den letzten neun Jahren. Trotz des massiven Wirtschaftseinbruches wurden die Bildungsausgaben in diesem Jahr deutlicher angehoben als in den Vorjahren. Im Vergleich zum Jahr 2000 gibt der Staat um 4,8 Mrd EUR mehr für Bildung aus, das ist ein Plus von 44 %.

Den größten Einzelposten stellten 2009 die Universitäten mit Ausgaben von 3,3 Mrd EUR dar. Für die Fachhochschulen wurden knapp 300 Mio EUR aufgewendet, das ist eine Verdreifachung seit 2000. Das Budget für die Universitäten stieg im Vergleich dazu in den vergangenen neun Jahren um 66 % an.

Ein hoher Ausgabeposten sind neben den Volksschulen und den Hauptschulen (jeweils 2 Mrd EUR) sowie den Allgemeinbildenden Höheren Schulen (1,6 Mrd EUR) auch die Kindergärten. Es wurden 2009 um 200 Mio EUR mehr für Kinderbetreuungseinrichtungen aufgewendet als im Jahr zuvor. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben auf 1,6 Mrd EUR. Der starke Anstieg ist in erster Linie auf die Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres⁵, das seit Herbst 2010 bundesweit gilt, zurückzuführen. Dadurch sind schon im Vorfeld sowohl die Investitionen als auch die Subventionen an private Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich gestiegen.



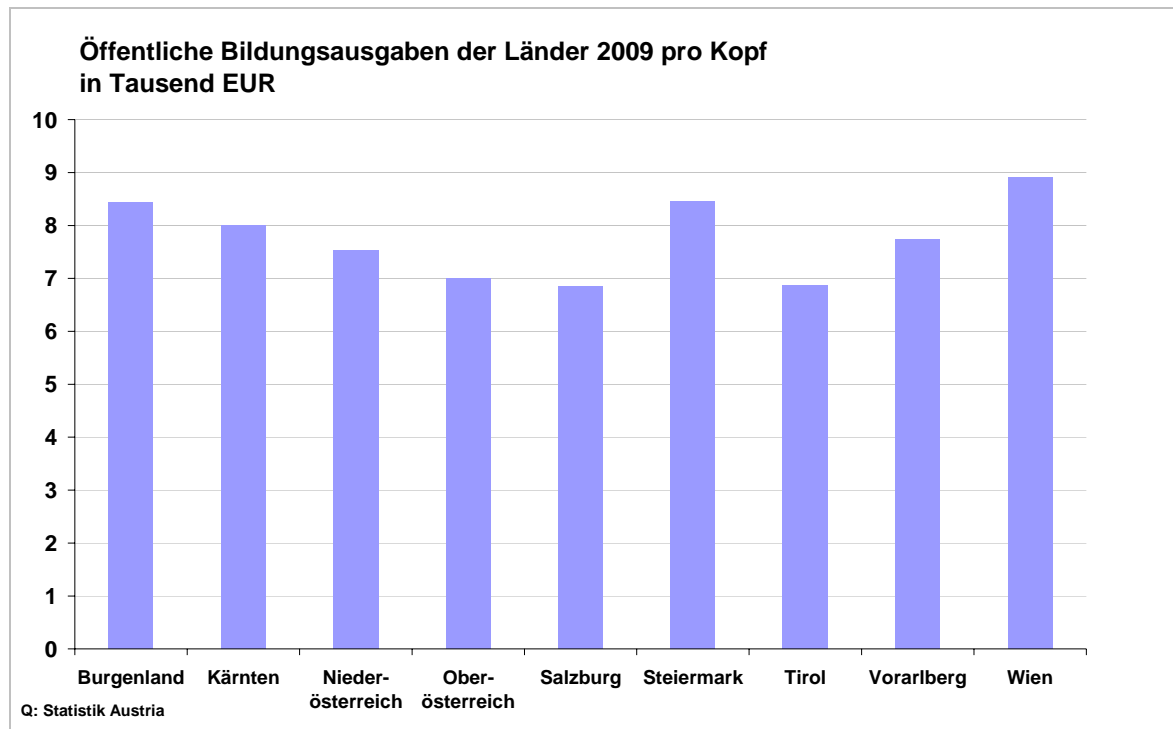
Die Kompetenzverteilung des Bundesverfassungsgesetzes regelt die Verantwortlichkeit der Rechtsträger in Österreich: Dem Bund obliegt die Erhaltung der höheren Schulen, während die Länder und Gemeinden für das Kinderbetreuungs- und das Pflichtschulwesen⁶ zuständig

⁵ Seit Herbst 2010 müssen 5-jährige Kinder verpflichtend ein Jahr lang den Kindergarten besuchen.

⁶ Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnische Schulen.

sind. Mehr als die Hälfte der Bildungsausgaben wurden 2009 vom Bund getätigt (8,5 Mrd EUR).

Für die Pflichtschulzeit kann man einen Vergleich zwischen den Bundesländern aufstellen. Demnach gibt Wien für seine Schülerinnen und Schüler pro Kopf am meisten im Pflichtschulbereich aus, nämlich beinahe 9.000 EUR im Jahr 2009. Knapp dahinter reihen sich die Steiermark und das Burgenland. Salzburg, Tirol und Oberösterreich geben etwa 7.000 EUR pro Kopf aus.



Ein einzelner Indikator sollte dennoch nicht zu voreiligen Schlussfolgerungen verleiten. Der internationale Vergleich am Beispiel Japans hat gezeigt, dass die Höhe der Ausgaben nicht notwendigerweise die aus Bildung resultierende Leistung definiert. Zwar sind die öffentlichen Bildungsausgaben eine aussagekräftige Zahl der Wertschätzung der politischen Führung eines Landes hinsichtlich der Bildung; Qualität und Effizienz müssen aber ebenso berücksichtigt werden.

Kann/Soll man Bildung einem Ranking unterordnen? In welchem Kontext steht Bildung heute?

Die PISA-Studie ist ein Versuch, die Qualität von Bildung zu messen; die Kritik an dem gesamten Unterfangen ist jedoch durchaus berechtigt. Kann die Qualität von Bildung überhaupt als Quantität in Form eines Platzes auf einer Rankingliste ausgedrückt werden? Wer bestimmt überhaupt was Bildung ist? Ordnen sich die PISA-getesteten Länder der normativen Gewalt der Rankings unter und verneinen ihre eigene pädagogische Kultur? Der Philosoph Konrad Paul Liessmann geht gar soweit die PISA-Studie als Instrument der hegemonialen Herrschaftsstruktur zu deuten, die Wissen behandelt als „Ressource, die man im Rahmen eines Unternehmens optimieren, verteilen, bündeln, importieren, exportieren und

teilen kann wie andere Rohstoffe und Verfahren auch“⁷. Das sei das Ende des bewussten und geistigen Menschen und seine Reduktion auf Arbeitnehmer und Konsumenten.

Umgelegt auf die aktuelle Bildungsdebatte könnte man sagen: Bildung sollte weitaus mehr sein als Migrantenkindern die deutsche Sprache beizubringen. Bildung sollte unabhängig von unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen stattfinden (das wäre *Ausbildung*). Gemäß dem Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt dient Bildung zur Persönlichkeitsbildung und Erlangung von Individualität. Im Inneren jedes Menschen bestehe das Bedürfnis sich zu bilden, es müsse nur geweckt werden. Und vor allem erinnert uns der Reformers Humboldt an etwas, was zu seiner Zeit noch gar nicht selbstverständlich war: Bildung muss für alle zugänglich sein.

⁷ Konrad Paul Liessmann: *Theorie der Unbildung*, Wien, Zsolnay 2006.

Reales Bruttoinlandsprodukt

% y-o-y ¹	1Q10	2Q10	3Q10	4Q10	1Q11	1Q11 ²
Bruttoinlandsprodukt	+0,5	+2,0	+2,7	+3,2	+3,9	+0,9
Privater Konsum	+1,2	+1,1	+1,0	+0,9	+0,9	+0,2
Öffentlicher Konsum	+0,3	+0,1	-1,3	-1,0	-0,2	+0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-4,1	-1,8	+0,0	+2,2	+4,2	+0,8
Inländische Verwendung	-0,4	+0,8	+1,3	+2,5	+3,1	+0,6
Exporte	+3,7	12,3	+13,3	+12,0	+12,1	+2,6
Importe	+1,6	+8,7	+11,0	+11,6	+10,7	+1,7

EU-Business and Consumer Survey

% Saldo	langfr ϕ	Feb 11	Mär 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Industrie	-5	5	5	6	0	-1
Dienstleistungen	16	23	20	20	16	11
Konsumenten	0	10	10	8	6	.
Einzelhandel	-7	2	2	-13	-6	-2
Bauwirtschaft	-20	-10	-7	-13	-9	-4
Economic Sentiment Indicator	100,0	109,6	109,0	107,6	104,3	103,3

Sonstige Indikatoren

% y-o-y ¹	2010	Feb 11	Mär 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Verbraucherpreise (VPI)	1,9	3,0	3,1	3,3	3,2	.
Verbraucherpreise (HVPI)	1,7	3,1	3,3	3,7	3,7	.
Produktion verarbeitendes Gewerbe	+6,9	+11,1	+11,2	+11,5	.	.
Produktion Baugewerbe	-4,4	-0,1	+0,9	+2,6	.	.
Reale Einzelhandelsumsätze	+2,2	-1,0	-1,7	-0,4	-3,7	.
Unselbst. Aktivbeschäftigte (1.000) ³	+25,5	+73,9	+50,7	+55,6	+64,9	+62,9
Arbeitslosenquote (AMS)	6,9	6,7	6,6	6,7	6,7	6,7
Arbeitslosenquote (Eurostat)	4,4	4,6	4,4	4,2	4,3	.

1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, arbeitstätig und saisonal bereinigt, soweit vorhanden

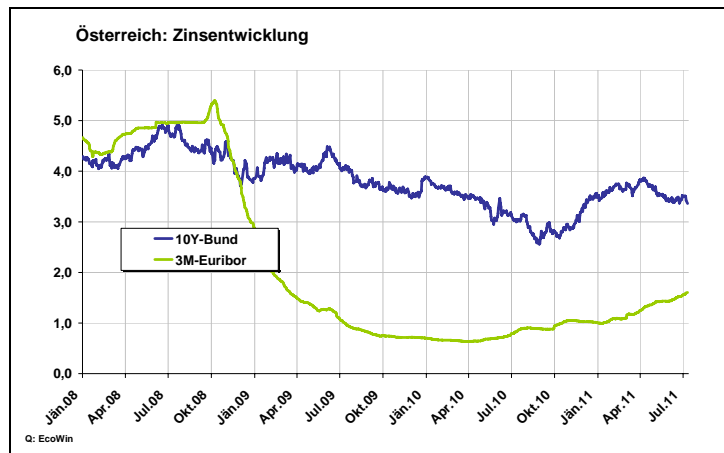
2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, arbeitstätig und saisonal bereinigt

3 Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld und AMS-Schulungsteilnehmer

% Saldo = Saldo aus positiven und negativen Antworten in Prozent der Befragten, saisonbereinigt

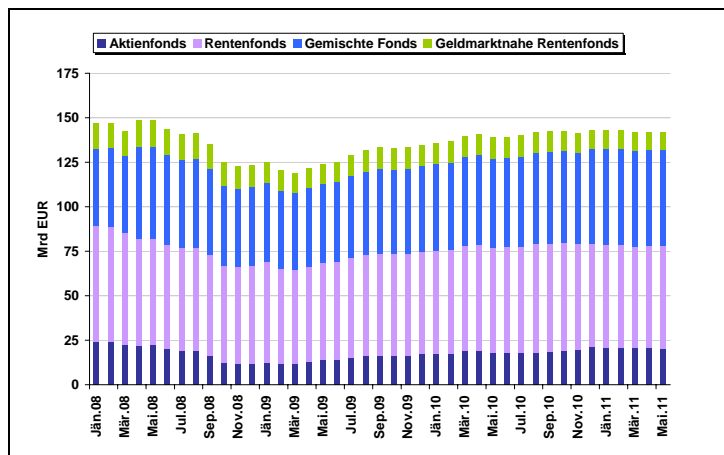
Geld- und Kapitalmarkt

	11.07.11	4Q11
3-M-Euribor	1,60	1,95
10-J-Bund AT	3,36	3,80



Vermögensbestand inländischer Investmentfonds

Mai 2011	Mrd EUR	yoy %
Aktienfonds	20,28	+14,8
Rentenfonds	57,62	-3,2
Gemischte Fonds	54,29	+8,3
Geldmarktnahe F.	10,00	-16,0
Alternative und sonstige Fonds	1,85	-12,3
Summe	144,04	+1,9



Einlagen- und Kreditgeschäft der inländischen Banken (EZB-Monetärstatistik)

% y-o-y	2010 ¹	Mär 11	Apr 11	Mai 11
Einlagen von inländischen Nichtbanken	+1,5	+1,0	+0,6	+0,6
Private Haushalte und Organisationen	+1,6	+0,8	+0,9	+0,8
Nicht-finanzielle Unternehmen	+10,4	-1,9	-1,3	+0,9
Nichtbanken-Finanzintermediäre	-10,0	+8,0	+4,6	-3,3
Öffentlicher Sektor	-14,2	+11,1	+0,5	+1,7
Kredite an inländische Nichtbanken	+1,6	+1,6	+2,0	+2,5
Private Haushalte und Organisationen	+3,6	+3,4	+4,0	+5,2
Konsumzwecke	-2,1	-3,0	-3,6	-2,9
Schaffung/Erhaltung von Wohnraum	+6,2	+6,3	+6,9	+8,4
Sonst. Ausleihungen	+2,2	+1,5	+3,0	+4,2
Nicht-finanzielle Unternehmen	+0,2	+1,7	+2,0	+2,2
Nichtbanken-Finanzintermediäre	-4,6	-8,9	-8,2	-8,2
Öffentlicher Sektor	+5,5	+2,9	+1,9	+1,1

¹ Jahresdurchschnittswerte

% y-o-y = Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Disclaimer

Dieses Dokument wurde von der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Georg-Coch-Platz 2, 1018 Wien („**BAWAG P.S.K.**“) ausschließlich zu Informationszwecken erstellt („**Information**“). Die Information stellt keine Anlageberatung bzw. sonstige Beratung dar. Die Information ist kein Angebot und keine Empfehlung, Wertpapiere oder andere Finanzinstrumente zu kaufen oder zu verkaufen. Die Information stammt aus öffentlich zugänglichen Quellen, die die BAWAG P.S.K. als zuverlässig erachtet hat. Die BAWAG P.S.K. gibt keine Garantie oder Gewährleistung ab, indirekt oder direkt, im Hinblick auf die Richtigkeit und Genauigkeit, die Verlässlichkeit und die Vollständigkeit der Information. Die BAWAG P.S.K. übernimmt für die Information keinerlei Haftung. Unter keinen Umständen haftet die BAWAG P.S.K. für Verluste, Schäden, Kosten oder sonstige Aufwendungen (insbesondere gilt dies für direkte oder indirekte Schäden, für Folgeschäden oder entgangenen Gewinn), die im Zusammenhang mit der Verwendung der Information oder aufgrund von Maßnahmen im Vertrauen auf die Information entstehen. Die BAWAG P.S.K. übernimmt keine Verpflichtung, die Information zu aktualisieren. Vergangene Wertentwicklungen lassen keinen verlässlichen Rückschluss auf zukünftige Entwicklungen zu. Tatsächliche Ergebnisse können von Prognosen abweichen. Derartige Abweichungen können merklich positiv oder negativ sein. Der Inhalt dieses Dokuments ersetzt keine professionelle und individuelle Beratung. Dieses Dokument ist nur für die Nutzung durch den Empfänger bestimmt und darf ohne schriftliche Zustimmung der BAWAG P.S.K. weder verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden.

This paper has been prepared by BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Georg-Coch-Platz 2, 1018 Wien („**BAWAG P.S.K.**“) solely for the purpose of providing general information (“**Information**“). The Information does not constitute investment or other advice. It does not constitute an offer or recommendation to purchase or sell any securities or other investments or financial products. The Information derives from public sources BAWAG P.S.K. considered to be reliable. However, BAWAG P.S.K. does not make any representation, express or implied, as to the accuracy, reliability or completeness of the Information. BAWAG P.S.K. disclaims all warranties with regard to the Information. In no event shall BAWAG P.S.K. be liable for any loss, damages, costs or other expenses of any kind (including, but not limited to, direct, indirect, consequential or loss of profit) arising out of or in connection with any use of, or any action taken in reliance on, any Information. BAWAG P.S.K. assumes no obligation for updating the Information. Past performances do not permit reliable conclusion to be drawn as to future performances. Actual results may vary from forecasts and variations may be materially positive or negative. The content in this document is not to be relied upon as a substitute for professional and individual advice. This document is only for the use of its recipient and must not without the written consent of BAWAG P.S.K. be amended, copied, distributed, published or forwarded to other persons.

Rückfragehinweis

Stefan Rossmannith (Tel. +43 5 99 05 32055 / stefan.rossmanith@bawagpsk.com)

Michaela Dueñas Vega (Tel. +43 5 99 05 32053 / michaela.duenas-vega@bawagpsk.com)

Bezugsquelle

Diese und weitere Publikationen von Strategy & Economics finden Sie auf der Homepage der BAWAG P.S.K. unter dem Link <http://www.bawagpsk.com/BAWAG/FK/SV/14032/Economics.html>. Für Zusendungen per e-mail folgen Sie bitte dem Link „Think Business Newsletter An- bzw. Abmeldung“.

© 2011, BAWAG P.S.K., Wien.

BAWAG P.S.K.
Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
Strategy & Economics

Georg-Coch-Platz 2
A-1018 Wien

<http://www.bawagpsk.com>